



Auftrag BDP Fraktion zur Auslagerung von Aufgaben in die Privatwirtschaft

Die Kosten im Personalbereich (Stufenanstieg!) werden die Sparbemühungen des Gemeinde- und Stadtrates eher früher als später wieder einholen. Während es Aufgaben gibt, welche aus übergeordneten Erlassen zwingend von Städtischen Mitarbeitern ausgeübt werden müssen, gibt es eine Fülle von Aufgaben, welche die Stadt anbietet, ohne dass sie zu ihrem Kerngeschäft gehören. Um Personalkosten reduzieren zu können, ist es nachhaltiger, Stellen zu streichen und im Auftragsverhältnis an die Privatwirtschaft zu vergeben, als wenn dauernd an den Löhnen und den Sozialabgaben aller Mitarbeiter herumgeschraubt wird. Ausgelagerte Aufgaben könnten künftig im Bedarfsfall flexibler und zielgerichtet reduziert werden. Zudem könnten die Kosten durch eine gute Ausschreibung konstant gehalten werden, was bei eigenen Mitarbeitern aufgrund des Lohnstufenanstieges unmöglich ist. Die BDP Chur geht zudem davon aus, dass spezialisierte Unternehmungen aus der Privatwirtschaft spezifische Aufgaben effizienter erfüllen können. Nur der Stadtrat als operativ tätige Institution kann dem Gemeinderat kompetent aufzeigen, wo und wie die beschriebenen Aufgaben wahrgenommen werden, Vorschläge von unserer Seite her kämen aus einem Bauchgefühl und wären unvollständig. Ebenso muss der Stadtrat dem Gemeinderat aufgrund eigener Wertung aufzeigen, wo die Prüfung einer Auslagerung aus seiner Sicht Sinn machen und wo weniger. Aus Sicht der BDP Fraktion müssen sowohl Aufgaben mit grossen Kostenfolgen (Bsp. AfT, Gartenbau oder Liegenschaftenverwaltung) wie auch Aufgaben mit kleineren Kostenfolgen (Bsp. Wäschereinigung in der Oberen Au) unter die Lupe genommen werden.

Der Stadtrat wird beauftragt

1. eine Botschaft zu erarbeiten, in welcher dem Gemeinderat aufgezeigt wird, welche Aufgaben von der Stadt wahrgenommen werden, obwohl diese ebenfalls in der Privatwirtschaft verfügbar sind.
2. pro Aufgabe aufzuzeigen, wo aus Sicht des Stadtrates Chancen und Risiken einer Auslagerung bestehen.
3. pro Aufgabe dem Gemeinderat Antrag darüber zu stellen, ob eine Auslagerung weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Chur, den 17. Oktober 2013, Gemeinderatsfraktion der BDP Chur

Olli



Stadt Chur

Bereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 12. OKT. 2013

[Handwritten Signature]
Susanne Frauenfelder, Stadtschreiber

